
11003/J XXIV. GP

Eingelangt am 15.03.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

**des Abgeordneten Mag. Roman Haider
und weiterer Abgeordneter**

**an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
betreffend die Verleihung desgroßen goldenen Ehrenzeichnens an
Regierungschef Tschütscher**

Der APA war folgende Meldung zu entnehmen:

„Österreich und Liechtenstein verhandeln über ein neues Abkommen zur Besteuerung von österreichischem Schwarzgeld. Das bestätigten das Finanzministerium in Wien und der liechtensteinische Regierungschef Klaus Tschütscher am Dienstag. Die Abgabe soll nach Vorbild eines ähnlichen, derzeit in Verhandlung stehenden Abkommens mit der Schweiz gestaltet werden.

Der Ansatz der Bundesregierung sieht vor, bisher in Liechtenstein liegendes und nicht versteuertes Geld von Österreichern einmalig mit einem Substanzsteuer zu belegen. Der genaue Prozentsatz soll unter anderem davon abhängen, wie lange das Geld schon in Liechtenstein liegt, und sei noch Gegenstand der Gespräche, sagte Ministeriumssprecher Harald Waiglein gegenüber der APA. Zudem sollen zukünftige Zinserträge versteuert werden.

In dem mit der Schweiz verhandelten Abkommen ist auch die Möglichkeit für österreichische Schwarzgeld-Besitzer vorgesehen, ihre Vermögen den österreichischen Behörden zu melden. Dies werde als strafbefreiende Selbstanzeige gewertet. Der Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Klaus Hübner, hatte zuletzt kritisiert, dabei handle es sich um ein "Amnestieangebot" für "Steuerflüchtlinge".

Wie viel Geld aus der Versteuerung österreichischen Vermögens in Liechtenstein zu lukrieren ist, wollte man im Finanzministerium zunächst nicht abschätzen. Bisher gebe es keine Vergleichswerte. Von dem Abkommen mit der Schweiz erwartet man einmalig rund eine Milliarde Euro, sowie jährlich rund 50 Millionen Euro an laufenden Einnahmen. In Liechtensteins Banken liegt generell ungefähr ein Zwanzigstel des Volumens des Schweizer Finanzplatzes.

Die österreichische Bundesregierung vermutete zuletzt 12 bis 20 Mrd. Euro an un versteuerten österreichischen Geldern in Schweizer Banken.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Der liechtensteinische Regierungschef erklärte bei einem Wien-Besuch, das Fürstentum sei an einem raschen Abschluss interessiert. An Liechtenstein scheitern diese Verhandlungen nicht. Tschütscher war am gestrigen Donnerstag das Große goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik verliehen worden. In der Begründung des Außenministeriums wurden auch die gemeinsamen "Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung" gewürdigt.“ (APA)

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigenden Abgeordneten an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten nachfolgende

Anfrage

1. Wie lautet die Begründung für die Zuerkennung des Ehrenzeichens? (Bitte den genauen Wortlaut)
2. Nachdem von Ihrem Ministerium bei der Verleihung des Ehrenzeichens vor allem die gemeinsamen Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung gewürdigt wurden, ersuche ich um eine detaillierte Aufstellung um welche Maßnahmen es sich hierbei genau handelt?
3. Gibt es konkrete Ergebnisse/ Zahlen, wie sich diese Maßnahmen bis dato positiv auf Österreich ausgewirkt haben?
4. Was war Tschütschers genaue Leistung bzw. Verdienst, der die Vergabe des Ehrenzeichens rechtfertigt?
5. Inwiefern spielt das im Sparpaket vorgesehene Steuerabkommen mit Lichtenstein, für die Ordensverleihung an Tschütscher eine Rolle?
6. Sollte das im Sparpaket vorgesehene Steuerabkommen mit Liechtenstein scheitern, welche Auswirkungen hätte das auf die Verleihung des Ehrenzeichens?